

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

2.10.1929 (No. 229)

Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stengel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 50% Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerübernahme, zwangsweiser Weiterleitung, und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Steuerabbaupläne

Youngplan und Finanzreform

Die „Nöln. Zig.“ bringt Angaben über den im Rahmen der Finanzreform geplanten Steuerabbau. Danach sei zunächst eine Senkung der Einkommensteuer und der Realsteuern geplant, und zwar stufenweise im Laufe von fünf Jahren. Von der Vermögenssteuer sollen Vermögen bis zu 20 000 M frei bleiben. Bei den Realsteuern sei eine Senkung um 10 Proz. geplant. Bei der Einkommensteuer soll das steuerfreie Minimum heraufgesetzt werden. Ledige Personen sollen bis zu einem Einkommen von 1800 M steuerfrei bleiben. Bei Verheirateten sollen die Familien- und Kinderabzüge erhöht werden. Ein verheirateter Mann mit zwei Kindern würde danach bis zu einem Einkommen von 3000 M steuerfrei bleiben.

Als Ersatz für die Senkung der Realsteuern soll den Gemeinden die Erhebung einer Kopfsteuer, die jeder Gemeindeglieder in gleicher Höhe zu zahlen hätte, gestattet werden. Die Kapitalertragsteuer soll bei festverzinslichen Papieren befreit werden, jedoch nur mit Geltung für Neuausgaben. Im Gegenzug zu diesen Steuerermäßigungen soll die Biersteuer erhöht werden, und zwar im Betrag von etwa 180 Millionen Reichsmark. An dieser Erhöhung sollen die Länder beteiligt werden. Für die Abtragung der Rentenbankschulden soll die Frist erheblich verlängert werden. Die Verzinsung der Industrieobligationen soll schrittweise befreit werden, und zwar sei vorgesehen, im Laufe von fünf Jahren diese Belastung der Wirtschaft abzubauen.

Der „D. A. Z.“ zufolge erklärt das Reichsfinanzministerium, daß die erwähnten Mittelungen in wesentlichen Teilen richtig seien. Die Pläne befänden sich jedoch noch im Stadium der Erwägung vor allem mit Rücksicht auf die noch schwebenden Youngplanverhandlungen. Ähnlich äußert sich die „Germania“, die erklärt, daß die oben skizzierten Pläne des Reichsfinanzministeriums erst in groben Umrissen feststünden, endgültige Beschlüsse aber noch nicht gefaßt seien. Insbesondere habe sich auch das Reichskabinett noch nicht mit dem Entwurf über den Youngplan völlige Klarheit beiseite, könne auch ein endgültiger, im einzelnen genau abgestimmter Finanzreformplan fertiggestellt werden.

Angestellte und Bankfusion

Besprechungen im Reichsarbeitsministerium

Der deutsche Bankbeamtenverein teilt mit: Wegen der durch die bevorstehende Verschmelzung der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft für die Angestellten der beteiligten Institute zu befürchtenden Rückwirkungen fand am Dienstag im Reichsarbeitsministerium auf Wunsch des Deutschen Bankbeamtenvereins eine Konferenz der zuständigen Referenten mit dem Vorsitzenden Fückenberg der genannten Organisationen statt. In dieser Besprechung wurde u. a. das Eingreifen des Ministeriums erbeten und zugesagt. Von der Behörde wurde zunächst eine Besprechung mit den beteiligten Arbeitnehmerverbänden für Anfang der nächsten Woche in Aussicht gestellt. Mit den angeschlossenen Institutionen haben die beiden Großbanken gegenwärtig rund 24 000 kaufmännische und gewerbliche Angestellte.

Eine Bankbeamtenversammlung in Mannheim

Eine Dienstag abend von den Mannheimer Bankbeamten und -angestellten im Ballhaus Saale abgehaltene Versammlung unter Leitung des ersten Vorsitzenden, Häfer, nahm Stellung zu der durch die Bankfusion geschaffenen Lage und sahte nach einem längeren Referat des Vorkonferenzers Feud folgende Entschlüsse:

„Die Mannheimer Bankangestellten verlangen, daß durch die Übernahme der beiden großen Provinzialbankinstitute, der Rhein. Creditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, in den Großbankkonzern Deutsche Disconto-Gesellschaft die sozialen Belange der Angestellten auf Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz weitgehendst gewahrt werden. Das Aufgehen der Rheinischen Creditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft in den Großbankkonzern ist für Baden wirtschaftlich ein großer Verlust, da zwei alte, der Eigenart des süddeutschen Gebietes eng angepaßte Bankinstitute ihre Selbstständigkeit aufgeben müssen.“

Für die Angestellten bedeutet es sozial eine ungeheure Härte und Belastung, da allein in Mannheim mehr als 70 Prozent der Mannheimer Bankangestellten in diesen beiden Instituten tätig sind. Die Leitung des Großbankkonzerns hat die unbedingte Pflicht, für eventuell zum Abbau kommende Angestellte ausreichend zu sorgen. Dies kann durch Gewährung auskömmlicher Pensionen an ältere Angestellte, oder namhafte Abgangsentwädigungen, die die Gründung einer neuen Existenz ermöglichen, erfolgen, ferner durch Überführung der Angestellten in neue gesicherte Positionen, was bei dem Einfluß und den weitgehenden Geschäftsverbindungen des Großbankkonzerns bestimmt möglich sein muß. Die Versammlung erwartet, daß auch die Stadtverwaltung und insbesondere die badische Landesregierung sich in tatkräftiger Weise für die Interessen der badischen Bankangestellten einsetzt und im Sinne obiger Forderungen mit tätig ist.“

Der Geschäftsführer des Bankbeamtenvereins, Feud, Stuttgart, führte aus: Von der bevorstehenden Nationalisierung seien die Berliner und Mannheimer Bankzentren besonders betroffen. Die Rheinische Creditbank und die Disconto-Gesellschaft haben zusammen 50 Filialen, von denen 20 zusammengelegt werden. In Mannheim wird der Zusammenschluß noch stärker werden, weil statt der beiden Zentralen nur noch eine Filiale bestehen wird. Zahlreiche Kündigungen sind bereits in diesen Tagen ausgesprochen worden, bei der Rheinischen Creditbank Mannheim allein 30.

Letzte Nachrichten

Die Krise wegen der Arbeitslosenversicherung

Besprechung des Reichskanzlers mit Dr. Stresemann

Br. Berlin, 2. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, besuchte der Reichskanzler heute vormittag Dr. Stresemann und hatte mit ihm eine längere Besprechung über die Situation, die sich bei der gestrigen Behandlung der Arbeitslosenversicherung im Reichstage ergeben hat.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Besprechung den Zweck hatte, die Gegensätze innerhalb der Koalition beheben zu helfen. In parlamentarischen Kreisen herrscht der Eindruck vor, daß sich Auswirkungen dieser Gegensätze auf die Regierung vermeiden lassen, wenn ein Teil der Fraktion der Deutschen Volkspartei bei der morgigen Schlussabstimmung für das Gesetz stimmt, und die Fraktion darauf verzichtet, eine Erklärung abzugeben, die den Gegensatz weiter verschärfen könnte.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hält um die Mittagsstunde zunächst eine Sitzung ab, und im Anschluß daran wird dann der Kanzler die Fraktionsführer zu der angekündigten Besprechung empfangen. Im ganzen wird die Lage im Reichstag überwiegend ruhig beurteilt, und es überwiegt die Hoffnung, daß sich schon im Hinblick auf die augenblickliche außenpolitische Situation eine Regierungskrise umgehen lassen wird.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, hielt sich Reichsaußenminister Dr. Stresemann in telephonischer Verbindung mit seiner Fraktion, da er wegen des kühlen und regnerischen Wetters das Haus nicht verlassen wollte. Auch die Deutschnationalen hielten eine Fraktionsitzung ab, fernerhin waren sehr zahlreiche Ausschusssitzungen angefaßt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Ein Rahmenvertrag

Br. Berlin, 2. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, werden nach dem Rücktritt von Dr. Hermes die weiteren Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Polen von dem deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Kaufher, geführt werden. Damit ist also der Gebante fallen gelassen worden, für Dr. Hermes einen direkten Nachfolger zu ernennen, der ausschließlich die Aufgabe hätte, diese Verhandlungen zu führen.

Bei der jetzt vorgesehenen Regelung ist offenbar die Tatsache bestimmend gewesen, daß Gesandter Kaufher einer der besten Kenner der Materie ist. Im Zusammenhang hiermit steht auch eine heutige Besprechung des Gesandten mit dem Reichskanzler. In unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß die Verhandlungen nunmehr in absehbarer Zeit zu einem Abkommen mit Polen führen, und zwar in der Form eines Rahmenvertrages auf der Grundlage der Weitzbegünstigung. Dieser Vertrag soll so abgeschlossen werden, daß die Schweinefleisch- und andere Spezialfragen weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben und ihre Regelung später in das Abkommen eingeleitet werden kann.

Damit würde dann zunächst eine vertragsmäßige Basis geschaffen sein, die den bisherigen Zollkrieg beendet. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, daß bei den kommenden Verhandlungen auch Polen ein entsprechendes Entgegenkommen zeigt.

Genderson für Herabsetzung der Rüstungsausgaben

Br. London, 2. Okt. (Tel.) Der englische Außenminister, Genderson, erklärte gestern in seiner Rede in Brighton über die Abrüstungsfrage, der Völkerverbund und der Kelloggspakt zusammen würden es möglich machen, einen sehr wichtigen Schritt zu tun. Genderson beurteilte die Tatsache, daß England heute etwa 115 Millionen Pfund Sterling für Vorbereitungen auf einen neuen Krieg jährlich ausbebe, gegen 78 Millionen Pfund im Jahre 1913/14 und sagte, er würde sehr enttäuscht sein, wenn das Parlament auseinanderginge, ohne daß es der Regierung gelungen wäre, mit Hilfe Hoover's und MacDonald's sowie der Unterstützung des Völkerverbundes eine ernste Herabsetzung dieser riesigen Ausgaben zu erreichen.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts

Br. Kairo, 2. Okt. (Tel.) Das Kabinett hat beschlossen, heute mittag zurückzutreten.

Die Hindenburgspende schüttet aus Anlaß des Geburtstages des Reichspräsidenten wiederum an etwa 2200 bedürftige Kriegssopfer 425 000 M aus. Bisher sind insgesamt 2,3 Millionen überwiesen worden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im September auf 153,6 (i. Vm. 154,0), d. i. um 0,3 Proz. zurückgegangen.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos, der in Berlin weilte, hat am Montagmittag dem Reichskanzler Müller einen Besuch abgestattet. Darauf gab der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zu Ehren des griechischen Gastes ein Frühstück. Der Reichskanzler veranstaltete abends einen

* Zur innerpolitischen Lage

VI.

Das Volksbegehren wird die innerpolitischen Leidenschaften aufrühren. Damit müssen wir heute rechnen. Schon die bisherige Agitation hat gelegentlich das Gefühl für Würde und Anstand peinlich vermissen lassen. Was wir zum Beispiel in den letzten Tagen bei uns in Baden auf den Agitationsversammlungen für das Volksbegehren erlebt haben, ist so geartet, daß es recht düstere Prophezeiungen gestattet. Der nationalsozialistische Abgeordnete Loeper hat sich Beschimpfungen geleistet, die es wäherlich rechtfertigen, daß der Minister des Innern das weitere Auftreten dieses Herrn in Baden verboten hat.

Der badische Innenminister ist bekannt dafür, daß er nur sehr ungern zu solchen Verböten greift. Aber es gibt Ausfälle rednerischer Art, die ein Einschreiten der Behörde gebieterisch zur Pflicht machen. Und es ist sicherlich gut, daß heute schon ein kleiner Dämpfer aufgesetzt wird, damit die Agitatoren wissen, wie sie sich bei uns in Baden künftig zu verhalten haben. Im badischen Lande werden Unanständigkeiten der öffentlichen Rede nicht geduldet, mag es sich dabei nun um die radikalen Elemente der Linken oder der Rechten handeln.

Die Aufspaltung der innerpolitischen Leidenschaften, wie sie durch das Volksbegehren stattfindet, ist deshalb besonders zu beklagen, weil sie in eine Zeit wirtschaftlicher Not fällt. Alle Kreise werden durch diese Not betroffen, Am schlimmsten sind naturgemäß diejenigen Angestellten und Arbeiter daran, die durch Entlassungen ihrer Arbeits- und Verdienstmöglichkeit beraubt werden. Und ganz besonders schlimm ist die Lage der deutschen Landwirtschaft. Die Agrarkrisis ist zweifellos das am schwersten wiegende innerpolitische Problem wirtschaftlicher Natur, das in der nächsten Zeit gelöst oder doch zum mindesten seiner krisenhaften Bedeutung entkleidet werden muß.

Man kann dem deutschen Volke das Zeugnis ausstellen, daß es seit den Jahren der Revolution im ganzen große Geduld an den Tag gelegt hat. Abgesehen von dem Novemberputsch in München und blutigen Ausschreitungen lokaler Art, abgesehen von den häßlichen Prügeleien zwischen den Vertretern der großen Bünde Stahlhelm und Reichsbanner oder zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten haben jedenfalls die Armlsten der Armen in Deutschland in der ganzen Zeit eine ruhige Haltung bekundet und den Bestand des Staates nicht zu erschüttern versucht. Einzelne dieser vom Schicksal Bedrängten haben sich allerdings radikalen Parteien und Organisationen verschrieben und dort gewiß nicht im Sinne der Mäßigung gewirkt. Aber das summarische Urteil kann doch nur dahin lauten, daß bis jetzt die Tatsache der Wirtschaftskrisis, der Arbeitslosigkeit und Verelendung zu Handlungen, die die Ruhe und Ordnung im Innern ernstlich bedrohen, nicht geführt hat.

Da muß denn eine Ausnahme gefährlicher Art besonders auffallen. Wir meinen die Bombenattentate des letzten Jahres. Wie wir heute wissen, sind diese heimtückischen Attentate auf die Agitation des schleswig-holsteinischen „Landvolks“ zurückzuführen. Glücklicherweise haben die Attentate bisher Menschenleben noch nicht vernichtet. Aber das ist nur dem Zufall zuzuschreiben. Jedenfalls charakterisieren sie sich so ziemlich als das Gefährlichste und Schlimmste, was in einem geordneten Staat von einzelnen Personen zur Erschütterung der öffentlichen Sicherheit und Staatsautorität unternommen werden kann. Die große Erregung über diese Attentate in ganz Deutschland war denn nun auch nur zu begrifflich.

Erfreulich ist höchstens das eine, daß diese Bombenattentate dem Ansehen und Kredit Deutschlands im Auslande nicht mehr geschadet haben. Offenbar ist man dort der Meinung, die Verhältnisse in Deutschland seien so konsolidiert, daß auch derartige Aktionen das Gefüge des Staates nicht erschüttern können. Und im übrigen blickt man auch im Ausland auf die Zustände im eigenen Lande und findet dann manche Parallelercheinungen. Die Kriegsspychose ist eben noch keineswegs völlig überwunden. In allen Ländern, die am Weltkrieg beteiligt waren, treiben sich haltlose und verzweifelte Elemente genug herum. Und diese Elemente werden immer wieder Unruhmühigungen verursachen.

Wogegen man sich aber mit aller Entschiedenheit wenden muß, daß ist die Auffassung, die Bombenattentate seien durch die Krisis der Landwirtschaft zu erklären, ja sogar bis zu einem gewissen Grade zu entschuldigen. Das

ist eine sehr gefährliche Auffassung. Denn sie ladet förmlich zur Verallgemeinerung ein und räumt dann allen Schichten und allen Menschen, die unter einer Wirtschaftskrisis besonders zu leiden haben, das Recht zu illegalen Handlungen, das Recht zu Attentaten ein.

Vielleicht ist die ganze Art und Weise, wie man den Attentatsversuch des Farmers Langkopp in einem Teil der Presse beurteilt hat, auch mit schuld daran, daß solche Auffassungen entstehen konnten. Und der Freispruch des des Fememords angeklagten Oberleutnants Edermann — ihm wurde für den Befehl zur Ermordung eines Verdächtigen die „Staatsnotwehr“ zugebilligt — kann nur in der gleichen Richtung unheilvoll wirken. Hier gilt es für alle, besonnenen Elemente des Volkes, zusammenzutreten und Regierung und Behörden in ihren Bemühungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, zur Wahrung der Staatsautorität zu unterstützen.

Die Finanzgebarung Saarbrückens

Scharfe Angriffe gegen den Oberbürgermeister

W.B. Saarbrücken, 2. Okt. (Tel.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, die unter dem Zeichen außerordentlicher Spannung stand, kam vor dicht besetzten Tribünen die Finanzgebarung der Stadt Saarbrücken, ihre sogenannte Anleihenwirtschaft, zur Sprache. In Verbindung hiermit wurde die Tatsache erörtert, daß Oberbürgermeister Dr. Reites zwei Millionen Reichsmark ohne Wissen der Stadtverordneten bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft angelegt und diese Anleihe in einem Bericht an die Stadtverordneten verschwiegen hat.

In längeren Ausführungen suchte Dr. Reites seine Finanzpolitik zu rechtfertigen. Er führte u. a. aus, die Anlegung der zwei Millionen bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft sei durchaus zu billigen. Das Geld sei nicht als verloren zu betrachten, ja man dürfe sogar noch auf Zinsen rechnen. Der irreführende Bericht an die Stadtverordneten sei auf ein Versehen von Unterbeamten zurückzuführen. In der Debatte wandten sich die Redner aller Parteien in den schärfsten Worten gegen den Oberbürgermeister. Auch auf die große Schuld der Regierungskommission wurde hingewiesen, die den Bürgermeister durch ihre ständigen Verzögerungen in den Kreditbewilligungen zu unangebrachten Geldtransaktionen gezwungen habe. Die Zurückführung des irreführenden Berichtes an die Stadtverordneten auf das Versehen von Unterbeamten wurde mit starker Skepsis aufgenommen.

Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der dem Oberbürgermeister und seiner Finanzgebarung die ernstlichsten Mißbilligung ausspricht und bestimmt, daß der Oberbürgermeister das Finanzbezogen an einen besonderen Deputierten abgibt, daß für die Finanzgebarung der Stadt eine besondere Kontrollkommission ernannt wird, und daß die Revisionsabteilung der Stadtverwaltung künftig in vollkommener Unabhängigkeit von der Finanzverwaltung arbeiten soll.

Der Sklarek-Scandal

Millionen ins Ausland verschoben

Bei vollbesetztem Hause begannen am Dienstag im Berliner Stadtparlament die Verhandlungen über den Fall Sklarek.

Bürgermeister Scholz erklärte u. a.: Bedauerlicherweise ist die Kontrolle der Geschäfte nicht genügend scharf gewesen, so daß Fälschungen vorzukommen konnten. Außerdem haben die Sklarek für die Stadt Berlin besonders gefährliche Bücher geführt. Eine Schuld von 7000 M war in 700 000 M umgefälscht worden. Der Magistrat beschloß darauf schließlich, mit Hilfe der Polizei die Betrüger festzunehmen und deren Vermögen sicherzustellen. Beim Magistrat hat sich inzwischen die Anschauung verbreitet, daß städtische Beamte etwas strafrechtlich Verfolgbares nicht getan haben. Die Höhe der Sklarekschen Verpflichtungen kann kein Mensch genau feststellen. Die Passiven mögen rund 10 1/2 Millionen betragen, denen etwa 2 Millionen Aktiven aus dem Warenlager und den Außenständen gegenüberstehen. Der Verbleib der fehlenden Millionen ist ganz unklar. Vielleicht sind sie ins Ausland verschoben. Jedenfalls werde der Magistrat alles tun, um die völlige Klärung der Sache herbeizuführen.

Weitere Aufklärung brachte der Bürgermeister nicht. Insbesondere blieb auch in der Debatte unklar, aus welchem Grunde die Betrügereien der Brüder Sklarek so lange Zeit unentdeckt bleiben konnten, und weshalb die vielfachen Beschwerden und Beanstandungen aus einzelnen Bezirken Groß-Berlins niemals beachtet wurden.

Badische Theaterfragen

Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg

Der Direktor des Mannheimer Statistischen Amtes, Schott, hat im statistischen Jahrbuch deutscher Städte eine umfangreiche Veröffentlichung über Theater und Orchester gebracht. Daraus geht hervor, daß die Zuschuhleistung der deutschen Städte über 50 000 Einwohner im Rechnungsjahr 1927/28 47,77 Millionen betragen hat. Diese Summe dürfte heute schon überholt sein. Die Großstädte selbst sind an diesen rund 50 Millionen mit weit über 40 Mill. beteiligt. Beim Mannheimer Theater ist der Zuschuh von 438 000 M. im Jahre 1912 auf 13 auf 1 667 000 M. im Jahre 1929/30 gestiegen. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt der städtische Zuschuh in Mannheim 1927/28 7,04 M., er wird nur übertroffen von Heidelberg mit 7,91 und von Mainz mit 7,52 M. In einer Sitzung der Theaterkommission hat sich nun Oberbürgermeister Dr. Feimerich über die derzeitige Lage des Theaters ausführlich geäußert und über Pläne und Verhandlungen berichtet, die sich auf dem Gebiete der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen bewegen. Zunächst wurde mit Heidelberg verhandelt, doch sind die Aussichten für ein gemeinsames Arbeiten beider Theater gering, weil kein großer Ersparnisse dabei herauskommen. In Heidelberg will man jetzt in erster Linie die Frage erörtern, ob dort durch Beschränkung der Oper auf die kleinen Spielopern und durch Entlassung des Orchesterpersonals von 42 auf etwa 30—35 Mann größere Ersparnisse gemacht werden können. Für die größeren Opern will man dann eventuell vereinzelte Operngastspiele einlegen, für Sinfonietonorgere in erster Linie natürlich das Mannheimer Orchester heranziehen. Die Entscheidung wird erst im Laufe der nächsten Wochen oder Monate fallen.

Nachdem die Verhandlungen mit Heidelberg nicht sehr ergebnisreich schienen, wurde untersucht, ob man nicht das Mannheimer Schauspiel aufheben solle und das Schauspiel von Karlsruhe (oder Darmstadt) beziehen soll. Genaue Berechnungen haben nach einem Bericht der „Neuen Badischen Lan-

Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstag

Scharfe Auseinandersetzungen Zentrum-Volkspartei — Entscheidung am Donnerstag

Der angesehene der Meinungsverschiedenheiten heute über die Reform der Arbeitslosenversicherung schon lange erwartete Konflikt unter den Regierungsparteien ist in der Dienstag-Sitzung in die Erscheinung getreten. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Die Hauptsache spielte sich aber außerhalb des Sitzungssaales ab. Im Saale selbst sahen nur einige Dutzend Abgeordnete, die sich die Debatte anhörten, die sich zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschen entwickelte. Dagegen waren die Regierungsparteien bemüht, eine Lösung zu finden. Immer wurden neue Vorschläge ausgearbeitet; aber um 6 Uhr, dem Zeitpunkt, der für die Abstimmung festgelegt war, war man soweit von der Verständigung entfernt, daß die Plenarsitzung um eine Stunde unterbrochen werden mußte. Bei Wiedereröffnung der Sitzung war endlich Klarheit geschaffen, freilich in negativer Richtung. Ein von den übrigen Regierungsparteien vereinbarter Antrag fand nicht die Zustimmung der Deutschen Volkspartei, die ihrerseits selbständig einen Antrag einbrachte, der durch Verlängerung der Wartezeit und Leistungsminderung das Defizit der Arbeitslosenversicherung abdecken will.

Der Führer der Zentrumskolonnen, Dr. Esser, nahm nach Wiedereröffnung der Sitzung das Wort, um sich in einer sehr scharfen Erklärung gegen die Volkspartei zu wenden. Er warf ihr vor, daß sie im Parteiinteresse den Weg der sachlichen Verständigung über das sehr ernste Problem der Arbeitslosenversicherung verbaute und in ihrem Antrag das ganze Prinzip der früheren Zentrumsanträge verfährt habe. Bei Annahme des volksparteilichen Antrages würde in manchen Fällen ein Gehalt von 13 M. wöchentlichen Rente von 18 M. begünstigt sein. Die Folge würde eine Erhöhung der Realsteuern sein. Das Zentrum werde nicht für diesen Antrag stimmen.

Auf den scharfen Angriff folgte eine ebenso scharfe Erwiderung durch den Abg. Dr. Fuch, der betonte, die Deutsche Volkspartei habe von vornherein an einer Lösung gearbeitet, die die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne eine Neubelastung der Wirtschaft ermögliche. Diese Lösung sei in dem vorliegenden Antrag gefunden. Abg. Esser habe die Wirkungen dieses Antrages auf die Wohlhabendsten der Gemeinden stark übertrieben. Die Volkspartei verbitte sich entschieden den Vorwurf der Inkompetenz.

An die scharfe Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien knüpfte sich eine längere Debatte, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte.

Bis 10 Uhr nachts dehnten sich die Abstimmungen über die einzelnen Artikel der Vorlage und die vielen Änderungsanträge aus. Der vom Abgeordneten Esser bekämpfte Antrag der Deutschen Volkspartei über die gestaffelte Leistungsminderung wurde durch eine Mehrheit der Voten, des Zentrums und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Der Kompromißantrag, auf den sich die übrigen Regierungsparteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei geeinigt hatten, wollte die befristete Vorlage überflüssig machen, indem er die verletzten Unterhaltungsstellen für die Saisonarbeiter allerdings auch befristet bis zum 31. März 1931 und den im Ausschuß angenommenen Antrag Lemmer über die Anwartschaft in die Hauptvorlage übernahm und die im Ausschuß abgelehnte befristete Beitragserhöhung fallen ließ. Der Kompromißantrag, der auch hinsichtlich der Anrechnungsfähigkeit von Renten usw. einige Änderungen zugunsten der Arbeitslosen bringt, wurde angenommen.

Nur die Übernahme der Sonderregelung für die Saisonarbeiter, die in der Sache auch angenommen war, auf die Hauptvorlage wurde abgelehnt, weil hiergegen auch das Zentrum stimmte. Wegen dieser Sonderregelung bleibt also zunächst noch die befristete Vorlage bestehen. Es ist aber anzunehmen, daß in dritter Lesung auch diese Bestimmung in die Hauptvorlage eingefügt wird.

Die dritte Lesung soll am Donnerstag, 10 Uhr vormittags, beginnen. Der Mittwoch bleibt sitzungsfrei. Am Schluß der Dienstagssitzung wurde noch ohne Debatte ein deutschnationaler Antrag einstimmig angenommen, der die Winkerkredite prolongiert, die somit am 1. Oktober zurückgezahlt werden müssen.

Das Zentrum hat die Deutsche Volkspartei davon unterrichtet, daß es bei der dritten Lesung unbedingt auf einer geschlossenen Abstimmung der Regierungskoalition bestehen bleibe, d. h., daß es den Bruch der Koalition als gegeben ansieht, wenn nicht wenigstens eine ansehnliche Mehrheit der volksparteilichen Fraktion für das Reformgesetz stimmt. Der Bruch der Koalition im Sinne des Zentrums und der anderen Koalitionsparteien wäre gleichbedeutend mit der Verpflichtung der volksparteilichen Minister zum Austritt aus dem Kabinett.

Magnot gegen Rheinlandräumung

Magnot, der Kolonialminister des Kabinetts Briand, hat in einer Rede im Generalrat des Departements Meurthe sich überhüllt als Gegner der von dem Kabinett „einmütig gebilligten Räumung der dritten Zone“ und die „Politik der Konzessionen“ seines eigenen Ministerpräsidenten scharf mißbilligt.

Er sei nach wie vor der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, die französischen Truppen noch mindestens bis zur Fertigstellung der großen Befestigungen im Osten im Rheinland zu belassen. Was die französische Regierung trotz aller Bedenken schließlich zu dem Zugeständnis der vorzeitigen Räumung bestimmt habe, sei die Notwendigkeit gewesen, den Youngplan zur Annahme zu bringen, der Frankreichs finanzielle Verpflichtungen gegenüber seinen ehemaligen Alliierten bedeute, und dessen Zustandekommen nur durch die Konzession in der Räumungsfrage habe gesichert werden können.

Magnot fügte noch hinzu, daß er zusammen mit den anderen Mitgliedern des Kabinetts der Räumung nur unter bestimmten Vorbehalten und Reserven zugestimmt habe, von denen die wichtigsten die sei, daß die Räumung unter keinen Umständen beginnen dürfe, bevor der Youngplan durch die Parlamente in Frankreich und Deutschland ratifiziert sei.

Der Pariser „Temps“ billigt diese Ausführungen rückhaltlos. „Journal des Debats“ sagt aber: In dem Haager Abkommen seien wohl einige Stellen enthalten, in denen darauf hingewiesen werde, daß die Räumung des Rheinlandes nur stattfinden, wenn der Youngplan angewendet werde. Magnot scheine diesen Satz einigermassen zu scheitern. In Wirklichkeit scheine jedoch die Rheinlandräumung ohne feriose Bedingungen versprochen worden zu sein.

An zuständiger Stelle in Berlin glaubt man die Ausführungen des französischen Kolonialministers nicht dahin interpretieren zu müssen, daß die französische Regierung sich nur zu einer bedingten Rheinlandräumung verpflichtet glaubt. Man meint hier, Magnots Rede sei vor allem auf innerpolitische Wirkung abgestellt gewesen. Überdies habe auch er als das Schlusssatz für die Räumung den 30. Juni ausdrücklich erwähnt und insbesondere darauf hingewiesen, daß die Annahme des Youngplanes der Räumung der dritten Zone vorangehen müsse. Das aber sei in den Haager Beschlüssen auch ausdrücklich festgelegt worden. Wird der Youngplan von Deutschland nicht akzeptiert, besteht in der Tat für die französische Regierung keine Verpflichtung, ihre Truppen aus der letzten Zone zurückzuziehen.

Russisch-englische Einigung

Ein Abkommen mit fünf Punkten

Zwischen Genderson und dem russischen Botschafter in Paris, Dowgalewski, ist nach einer amtlichen Erklärung des englischen Außenministers ein wichtiges Übereinkommen über das Verfahren zur Beilegung der zwischen Großbritannien und Sowjetrußland bestehenden Meinungsverschiedenheiten nach Wiederaufnahme der regelmäßigen diplomatischen Beziehungen erzielt worden. Das Übereinkommen enthält im ganzen fünf Punkte, die nach dem Austausch von Botschaftern durch diplomatische Verhandlungen geklärt werden sollen.

U. a. sollen die Ansprüche und Gegenansprüche in bezug auf Staats- und Privatschulden untersucht, sollen alle Fragen, die mit dem Fischereirecht der beiden Staaten zusammenhängen, ausführlich erörtert werden, die Anwendung früherer Verträge und Abkommen soll eindeutig festgelegt werden. Der englisch-russische Bruch steht damit formell vor dem Ende. Die Wiederaufnahme der Beziehungen ist nur noch eine Frage der Zeit. Die sachliche Einigung, die vorläufig aussteht, wird jedoch erhebliche russische Opfer notwendig machen, da der britischen Regierung — selbst wenn sie zu Konsequenzen bereit sein würde — die Hände weitgehend gebunden sind.

W.B. London, 2. Okt. (Tel.) Staatssekretär Genderson führte gestern Abend in einer Rede in Brighton aus: Wir haben ein Abkommen zustande gebracht, auf Grund dessen wir nach Eröffnung der Parlamentssession um den Austausch von Botschaftern erfragen werden und als Botschaftermission wird eine Mission nach London kommen, die das russische Volk und die russische Regierung vertritt. Ich wage es zu glauben, daß das Ergebnis der ganzen Angelegenheit sein wird, daß die Beziehungen zwischen diesen beiden großen Völkern auf einer befriedigenden und nach meiner Ansicht dauernden Grundlage, werden hergestellt werden.

Die englischen Bahnschutztruppen im Saargebiet sind Montag nachmittag nach England zurückgefahren.

deszeitung“ ergeben, daß bei Bezug des Schauspiels von Karlsruhe etwa 150 000—180 000 M an Ersparnissen zu erzielen sein würden. Es erweise aber zweifelhaft, ob eine derartige geringe Ersparnis die Aufgabe des eigenen Schauspiels rechtfertigen könne. — Das genannte Blatt berichtet weiter, daß seine Veröffentlichungen über die Pläne eines Theateraustausches zwischen Karlsruhe und Mannheim, wobei Karlsruhe seine Oper und Mannheim sein Schauspiel aufgeben sollte, in Karlsruhe die größte Überraschung hervorgerufen habe. Soweit sich durch Umfrage bei den interessierten Stellen im Augenblick feststellen lasse, beurteile man die Aussichten einer solchen Zusammenlegung in Karlsruhe ebenso pessimistisch wie in Mannheim, um ganz davon zu schweigen, daß auch in Karlsruhe mit seiner klassischen Tradition auf dem Gebiet der Opernmusik sich stärkste Widerstände gegen die Aufhebung der Oper geltend machen würden.

Außerungen des Kultusministers Dr. Leers

Kultusminister Dr. Leers äußerte sich einem Vertreter der „Neuen Badischen Landeszeitung“ gegenüber, in der badischen Theaterfrage folgendermaßen:

Schon im Sommer dieses Jahres habe der Badische Landtag ihm zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit für eine Rationalisierung des badischen und vornehmlich des unterbadischen Theaterwesens zu sorgen. Man denke natürlich zunächst an einen Abbau der Oper, aber dem stehe entgegen, daß die Hauptsumme des Opernetzes auf das Orchester entfalle, auf das doch keine Stadt verzichten könne. Obwohl sich ergeben habe, daß man bei der Eingiehung eines Schauspiels entweder in Mannheim oder in Karlsruhe kaum 200 000 M erspare, sei er dennoch der Ansicht, daß man einmal mit der Praxis der Rationalisierung zu beginnen habe. Er trete jedenfalls nachdrücklich dafür ein, daß endlich die Tat folge, denn die Not der Zeit sei zu groß. Allerdings lasse er völlig die Frage offen, welche Stadt sich entschließen könne, auf ihr Schauspiel zu verzichten und er hoffe, daß diese Vereinheit-

lichung auch nur eine Ehe auf Zeit bis zur Wiederkehr besserer Verhältnisse bedeute.

Auch der Intendant des Badischen Landestheaters, Dr. Hans Waag, betrachtet das Problem der Zusammenlegung ziemlich skeptisch und ist der Ansicht, daß die Tradition des Mannheimer Theaters doch so bedeutend sei, daß ein Verzicht auf das Schauspiel nur von den schwerlichsten Notwendigkeiten erzwungen werden könne. Im übrigen würden sich Ersparnisse aus einer Zusammenlegung in durchaus bescheidenem Rahmen halten.

Heidelberg Theaterneute

Das Heidelberger Theater ist ein Schmerzkind der Stadt, denn sein Zuschuh beträgt allerdings einschließlich des großen Betrages von 350 000 M für das Orchester regelmäßig 650 000 M, was pro Kopf der Bevölkerung von 7,91 Reichsmark ausmacht. Damit hat Heidelberg die höchsten Ausgaben für Theater und Musik unter allen Städten Deutschlands.

Man hat nun allerlei Mittel erzwogen, um dieser Kalamität abzuhelfen und Oberbürgermeister Dr. Reinhaus verbreitete sich am Montagabend darüber in einer Pressebesprechung. Mit dem Zusammengehen von Mannheim und Heidelberg sei es nichts. Ebenso erfolglos seien aber bisher auch die anderen Versuche zur Verringerung des Zuschusses gewesen. Zur Zeit würden Berechnungen angefertigt, inwieweit sich der Spielbetrieb verbilligen läßt, etwa durch Stilllegung des gesamten Theaterbetriebs und die regelmäßige Einführung von Gastspielen aus Mannheim, Karlsruhe oder Darmstadt. Hier könne man anscheinend wesentliche Ersparnisse machen.

Jede Entscheidung sei, so erklärte der Oberbürgermeister, für das Kulturleben der Stadt schwer, weil man bei seiner Aufrechterhaltung doch zu einer finanziellen Entspannung kommen müsse; denn geschehen müsse auf alle Fälle etwas.

Der Heidelberger Stadtrat hat die Vorlage über die Sanierung der Heidelberger Festspiele zurückgestellt.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl